Nachträgliche Botschaft

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
Nachtragskredite für die Postverwaltung für das Jahr
1871.

(Vom 26. Januar 1872.)

Lit. I

Seit unserer Nachtragskreditbotschaft vom 23. November v. J., welche der Ständerath bereits erledigt hat, sind dem Postdepartement die Postkreisrechnungen für die Monate November und Dezember eingehändigt worden, aus denen hervorgeht, daß außer den in oberwähnter Botschaft verlangten Nachtragskrediten einige weitere Summen noch verlangt werden müssen, um die sich aus den Schlussrechnungen ergebenden Ueberschreitungen auf einzelnen Rubriken rechtzeitig zu decken.

Uebersteigen nun die Ausgaben der Postverwaltung die bisherigen Proportionen, so ist dies als eine natürliche Folge der erfreulichen Thatsache zu betrachten, daß das Jahr 1871 einen außerordentlichen Aufschwung des Postverkehrs brachte und die Einnahmen der Post einen entsprechend günstigen Umfang erreicht haben, wodurch nunmehr ein richtiges Verhältniß der Einnahmen zu den Ausgaben wieder hergestellt ist.

Der an die Kantone für 1871 zu repartirende Postertrag dürfte im Ganzen Fr. 1,700,000 erreichen, und es wird demnach der volle Betrag der Scalasumme um beiläufig Fr. 200,000 bis Fr. 250,000 überschritten.

Wir rechtfertigen mit Folgendem die einzelnen Ansätze der erforderlichen Nachtragskredite, in welchen Ansätzen, was wir hier ausdrücklich bemerken, diejenigen der oben erwähnten Botschaft vom 23. November 1871 nicht begriffen sind.

Postverwaltung.

Gehalte und Vergütungen.

C. I. A. Generalpostdirektion . . . Fr. 8,030

Die Internirung eines französischen Korps in der Schweiz, sowie der Aufenthalt einer sehr beträchtlichen Anzahl französischer Kriegsgefangener in Deutschland, ferner die gleichzeitige Sperrung aller direkten Postverbindungen zwischen Frankreich und Deutschland hatten einen äußerst großen Postverkehr, namentlich in Geldanweisungen aus Frankreich nach der Schweiz und über die Schweiz nach Deutschland zur Folge, so zwar, daß in Basel ein besonderes Filialbureau für die Umwandlung der französischen in deutsche Geldanweisungen und bei der Oberkontrolle in Bern eine besondere Abtheilung für das bezügliche Rechnungswesen erstellt werden mußte.

Es sind diesfalls folgende statistische Ergebnisse konstatirt:

	Anweisungen:		
	Zahl.	Betrag. Fr.	Rp.
1. Französische Mandate für die französischen Kriegsgefangenen in Deutschland deren Umwandlung in deutsche Mandate das Postbureau Basel besorgt hat	73,818	1,232,916.	67
2. Interne französische Mandate, welche von französischen Kriegsgefangenen in Deutschland bezogen und hieher verrechnet worden	882	10,733.	60
3. Mandate zu Gunsten in der Schweiz internirter französischer Militärs, auf schweizerische Bureauz ausgestellt	45,680	806,121.	68
4. Interne französische Mandate, welche die Internirten nach der Schweiz brachten und von diesseitigen Postbureauz ausbezahlt wurden	14,654	192,274.	39
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	208,852	3,474,963.	01

Die hiedurch bei der Oberkontrolle entstandenen Kosten belaufen sich auf Fr. 8030, für deren Bestreitung um einen Nachtragkredit ersucht wird, da das ordentliche Budget der provisorischen Aushilfe keine Mittel mehr darbietet, indem der bezügliche Ansatz von nur Fr. 2500 durch anderweitige im ordentlichen Betriebe vorgekommene Ausgaben ganz erschöpft worden ist. Diese außerordentlichen Ausgaben sind jedoch mehr als vollständig durch die Gebühren gedeckt, welche von dem bezüglichen Verkehre in die diesseitige Postkasse geflossen und im Ertrag der Mandate verrechnet worden sind.

C. I. E. Kondukteure Fr. 6,500

Für die Rubrik „Kondukteure“ reicht der Budgetkredit aus verschiedenen Gründen nicht aus; hierunter erwähnen wir namentlich:

- a. Die außerordentlichen Erfordernisse des gesteigerten Verkehrs, welche das gewöhnliche Personal in vermehrtem Maße in Anspruch nahmen und außerdem die Verwendung außerordentlicher Aus-
helfer erheischten.
- b. Zahlreiche Fälle von Erkrankungen und daheriger Stellvertretung von Kondukteuren, welche theilweise dem äußerst anstrengenden Dienst zuzuschreiben sind.
- c. Endlich eine außerordentliche Zahl von Fällen, in denen Hinterlassenen von verstorbenen, verdienten Kondukteuren das übliche sogenannte Sterbequartal verabfolgt werden mußte.

C. I. F. Provisionen Fr. 7,500

Ein nothwendige Folge der im vorkommenden Maße nicht vorausgesehenen Einnahmenvermehrung ist eine entsprechende Steigerung der an das Postpersonal bewilligten Provisionen, für welche der im Juli 1871 von der Bundesversammlung bewilligte Nachkredit von Fr. 30,000 nunmehr sich als um Fr. 7500 zu gering herausstellt, da diese Provisionen eine Summe von circa Fr. 277,500 erreichen werden.

C. II. Kommissäre und Reisekosten Fr. 3,000

Bereits mit der Botschaft vom 23. November 1871 ist ein Nachkredit für Reisekosten im Betrag von Fr. 3000 verlangt und darauf hingewiesen worden, daß die bedeutende Zunahme des Kassaverkehrs eine häufigere Inspektion der Poststellen und deren Kassen erheische.

Diese mit bestem Erfolg begleiteten Inspektionen betragen im Jahr 1871 die Anzahl von 912, und auf das IV. Quartal allein fallen davon 445, indem die betreffenden Beamten in dieser Jahreszeit am Leichtesten von den laufenden Geschäften abkommen und zu Inspektionen verwendet werden konnten.

Die Folge dieser zahlreichen Inspektionen sind daher vermehrte Auslagen für Reisekosten, welche für die drei ersten Quartale bereits

betragen haben, und zwar:

Oktob er	Fr. 3,660
Novem ber	" 3,240
Dezem ber	" 2,700
	<hr/>
	" 9,600

Total in runder Summe Fr. 26,000

so daß außer dem ursprünglich budgetirten Kredit von Fr. 20,000 und dem unterm 23. November 1871 bereits verlangten Nachtragkredit von Fr. 3000 ein weiterer Nachkredit von Fr. 3000 erforderlich geworden ist.

C. III. Büroaufkosten Fr. 56,000

Ansatz im Budget für 1871 Fr. 270,000

Ausgaben nach Maßgabe der monatlichen Kreispostrechnungen und der Rechnung der Generalpostdirektion beiläufig " 326,000

Fr. 56,000

Sowie im gesammten Gebiete des Postverkehrs im Jahr 1871 sich eine außerordentliche Zunahme erzeigt, hat dieser Aufschwung sich folgerichtig auch durch eine starke Vermehrung des Verbrauches aller den Postdienst betreffenden Bürobedürfnisse bemerklich gemacht.

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen . Fr. 326,000

Diejenigen vom Jahr 1870 haben erreicht . . " 269,818

Mehrkosten Fr. 56,182

Diese Mehrausgabe wird in Folgendem näher nachgewiesen:

1. Im Jahr 1870 und früher waren die Ausgaben für die Beleuchtung und Beheizung der 54 fahrenden Postbüreaux, welche täglich bei 10,000 Kilometer befahren, in die Rubrik des Postmaterials aufgenommen und sind zum ersten Mal für 1871 der Wichtigkeit halber (da die Kosten der Beleuchtung und Beheizung der stationären Postbüreaux jenseits in der Rubrik „Büroaufkosten“ begriffen) in diese letztere ver-

setzt worden; der Mehrbetrag dürfte erreichen . Fr. 18,000

Uebertrag Fr. 18,000

Uebertrag Fr. 18,000

Dagegen sind auf der Rubrik des „Postmaterials“ im Jahr 1871 nicht nur keine Nachtragskredite notwendig geworden, sondern es wird die Postverwaltung den bezüglichen Budgetkredit voraussichtlich nicht erschöpfen.

2. Auch bei den stationären Büreaux erzeigt sich ein sehr bedeutender Zuwachs der Beleuchtungs- und Beheizungskosten, herrührend von der Vermehrung der Zahl der Büreaux und der Erweiterung bisheriger Büreaux, sowie von der fortwährenden Erhöhung der Preise des Beleuchtungs- und Beheizungs-Materials. Die Ausgabe hierfür wird für 1871 betragen beiläufig Fr. 97,000 und ist 1870 bestritten worden mit „ 79,000

Mehrbedarf „ 18,000

3. Am stärksten jedoch fallen in's Gewicht die Ausgaben im Verbrauch an Papier, Drucksachen, Rechnungsformularen, Tarifen, Kursübersichten u. als Folge der Vermehrung der Büreaux und der Postverbindungen, der Ausdehnung des Geldanweisungsverkehrs und vielfachen Veränderungen in Verträgen, Tarifen und als Folge der Ausdehnung der fahrenden Postbüreaux u. s. w.

Ferner kommt hierbei noch als erheblich in Betracht der Aufschlag der Preise des Papiers, der Druckarbeit, Buchbinderarbeiten, des Siegellackes, der Postkäse, Sackschlösser u.

Die Ausgaben werden hienach erreichen beiläufig Fr. 209,000

Zm Jahr 1870 betragen dieselben „ 189,000

Mehrausgabe „ 20,000

Total beiläufig Fr. 56,000

C. V. Lokalmiethzinsen.

Weiterer Nachtragskredit Fr. 1,500

Mit Bottschaft vom 23. November 1871 ist bereits ein Nachtragskredit von Fr. 42,000 unter der Bemerkung verlangt worden, daß derselbe nur als Formjache zu betrachten sei, indem für 1871 zum ersten Mal diese Summe in den Einnahmen von „Untermiethen“ eingetragen werde.

Es zeigt sich nun nachträglich, daß die wirklichen Ausgaben etwas mehr betragen, als bei Festlegung des Budgets vorgesehen werden konnte, indem der außerordentlich angewachsene Verkehr theils definitiv, theils vorübergehend ausgedehntere Lokale erheischte.

Die bisherigen Mehrkosten sind auf etwa Fr. 1500 zu veranschlagen, so daß ein weiterer Nachkredit von dieser Summe erforderlich wird und sich die Total-Brutto-Ausgaben statt nur auf Fr. 258,000 auf die Summe von Fr. 259,500 belaufen werden.

C. IX. Verschiedenes Fr. 71,000

Eine vorläufige Zusammenstellung der Ausgaben dieser Rubrik für 1871 hat zu dem nachverzeichneten Ergebnisse geführt:

1) Vergütung für die Benutzung von Postwägen, an andere Verwaltungen Fr. 1,591

2. Vergütungen.

a. Wegen Verletzung von Personen " 20,015

Hierunter ist begriffen die nach bundesgerichtlichem Urtheile vom Juli 1871 an Conducteur Gfeller wegen lebensgefährlicher und dauernder Verletzung im November 1871 ausgerichtete Entschädigung von Fr. 20,000. Für diesen Betrag hat die Postverwaltung im Prozeßwege den Rückgriff auf die Ouest-Suisse genommen, und diese Bahnverwaltung hat im Dezember 1871 hiefür Ersatz geleistet, welcher im betreffenden Monate in Einnahmen erscheint, so daß der Betrag von Fr. 20,000 nicht als eigentliche Ausgabe bezeichnet werden kann.

b. Für Verlust und Beschädigung von Werthpoststücken, im Betrage von " 23,909

nämlich Verlust 1 Grupp von Fr. 12,000 zwischen Neuenburg und Luzern, 1 Paket von Fr. 1190 aus Genf nach Livorno, ein Grupp von Pontarlier nach Verchier von 1000 Fr., eine Prämie für Entdeckung des Postdieben Kommiss Ingold in Bern von 1000, und weitere 61 Fälle von geringerem Belange. In allen wichtigeren Fällen ist die polizeiliche, bezw. gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Theils sind die Untersuchungen (z. B. bezüglich der Falles von 12,000 Fr.)

Uebertrag Fr. 45,515

Uebertrag Fr. 45,515

noch schwebend, theils haben zu sie keiner Entdeckung geführt, und oft waren die Umstände der Art, daß der Ersatz nur theilweise den beteiligten Beamten auferlegt werden konnte. Bei einer Zahl von mehr als fünf Millionen spedirter Poststüke stellt sich immerhin noch ein sehr mäßiges Verlustverhältniß heraus.

3. Verschiedene Ausgaben in Bureauz	„	4,799
4. Schaffhausische Posten, Verzinsung des an den Fürsten von Thurn und Taxis bezahlten Postkaufskapitals, an die Bundeskasse	„	4,702
5. Auslagen an fremden Portos und Telegraphentagen	„	863
6. Prozeßkosten (inbegriffen 1086 Fr. Kosten des Prozeßes Gfeller, welche von der Ouest-Suisse wieder vergütet werden und im Dezember 1871 im Einnehmen „Verchiedenes“ erscheinen)	„	3,179
7. Rechnungsberichtigungen	„	1,708
8. Verluste und Differenzen auf dem Münz- und Börsenkurse, vorläufiger Anschlag	„	39,710
		<hr/>
		Fr. 100,476

Hieran sind wieder ersetzt und in Einnahmen getragen Fr. 51,306

bleiben eigentliche Ausgaben für 1871 Fr. 49,170

Der Ansatz des Budget beträgt Fr. 30,000

Die Postverwaltung bedarf daher einen nachträglichen Kredit von Fr. 70,476

oder in runder Summe von Fr. 71,000

Ueber den Ausgabenanfaß unter No. 8 von Fr. 39,710 haben wir noch folgende spezielle Nachweise zu geben :

Diese Ausgaben bestehen :

- a. in Differenzen auf den Zahlungen der Rechnungssaldi der Brief- und Fahrpostrechnungen an die deutschen Postverwaltungen, welche sich wegen niedrigem Stand des Goldfußes ergaben, im beiläufigen Betrage von Fr. 9,490
- b. in ähnlichen Differenzen auf dem Geldanweisungsvverkehr mit den deutschen Staaten, von beiläufig „ 30,220

Fr. 39,710

Soweit die erwähnte Kursdifferenz von Geldanweisungen herrührt, ist dieselbe keine wirkliche Ausgabe, denn während die nach Deutschland zu leistenden Saldozahlungen jeweilen nach dem mittleren Frankfurter Börsenkurse des betreffenden Monats berechnet und der hieraus sich ergebende Betrag in Schweizerwährung der Bundeskasse behufs Deckung der Saldoschuld zur Verfügung gestellt wird, werden der Postkasse die Einzahlungen für Mandate nach einem andern Reduktionsfuß geleistet, welcher jeweilen so festgesetzt wird, daß der Postkasse in der Regel und wenn nicht ein plötzliches Fallen des Goldes eintritt, ein kleiner Gewinn verbleibt. Dieser Gewinn liegt in den Summen, welche die Postbüreauz als Saldi aus dem Postanweisungsverkehr mit Deutschland abzuliefern haben, und die also größer sind als die für Deckung der Saldi nöthigen Beträge. Es wird daher aus diesen Summen die Differenz zur Deckung der Kosten für die Saldozahlungen aus dem Geldanweisungsverkehr entnommen und als Einnahme vorgetragen werden.

Die Differenzen aus dem Brief- und Fahrpostverkehr, dessen Saldi vertragsgemäß auf dem Fuße von 28 Kr. = 1 Franken auszurichten sind, können ebenfalls nur theilweise als wirkliche Ausgaben betrachtet werden. Früher war nämlich der Kurs stets günstiger für die schweizerische Verwaltung, und es stieg der Franken bis auf 28 $\frac{1}{2}$ Kr., so daß bei Beschaffung der Wechsel in deutschem Gelde für die Saldozahlungen, immer ein Gewinn auf den zum vertragsmäßigen Kurse reduzirten und der Bundeskasse zur Verfügung gestellten Summen gemacht und vereinnahmt wurde. Mit Beginn der Kriegskostenzahlung von Seite Frankreich an Deutschland änderte sich dann aber das Verhältniß fast plötzlich, und es fiel der Goldwerth fast bis auf 27 $\frac{1}{2}$ Kr. für den Franken. Während einiger Monate erlitt daher die Postverwaltung eine wirkliche

Einbuße. Allein, als man sich überzeugen mußte, daß der Goldkurs in nächster Zeit immer noch gedrückt bleiben werde, wurde der Reduktionsfuß für die aus Deutschland angerechneten Jahrpostauslagen und Portobeträge, auf welchen also die Postverwaltung bei der Umwandlung von 28 Kr. = 1 Franken einen wirklichen Verlust erlitt, entsprechend erhöht, so daß vom 1. November 1871 an wieder ein kleiner Gewinn erzielt wird, welcher fortan die erlittenen Verluste auszugleichen im Stande ist.

Die Differenzen auf der Wechselbeschaffung müssen nach wie vor vorausgabt werden. Die Ausgleichung liegt aber in dem der Postkasse zufließenden Mehrertrag des Jahrpostverkehrs mit Deutschland.

Die Postverwaltung bedarf nun zur Deckung ihrer Ausgaben für die Rubrik „Verschiedenes“ eines nachträglichen Credits von Fr. 71,000.

Postremise in Sonceboz Fr. 4,050

In Sonceboz, als dem Anschlußpunkte der St. Immerthalkurse und dortigen Kreuzung mit der Eisenbahn in Convers bedarf die Postverwaltung eines erheblichen Vorrathes von Wägen und Material und ist in Ermangelung geeigneter Gebäulichkeiten in der Unmöglichkeit, sich dort die nöthigen Lokale zu verschaffen. Die Verwaltung war daher genöthigt, selbst eine Remise zu erbauen. Es kommt hierbei noch in Betracht, daß mit der Ausführung des Eisenbahnbaues je nach dem Vorrücken der einzelnen Strecken die Remise in Sonceboz entbehrlich wird und z. B. nach Dachsfelden versetzt werden kann, worauf bei deren Konstruktion Rücksicht genommen worden ist. Wir haben daher den in Sonceboz erforderlichen Bauplatz bloß zur Benutzung auf eine Anzahl von Jahren in Miethen genommen.

Die Kosten der Remise belaufen sich auf Fr. 4050, welche der Postverwaltung gegen die jährliche Entrichtung eines Zinses von 4% aus der Bundeskasse vorgezossen werden. Wir möchten überhaupt diese Bauangelegenheit gleich behandelt wissen, wie zur Zeit diejenige in Itzielen, und ersuchen demnach um Ertheilung des erforderlichen Credits für die Bundeskasse.

Zusammenstellung der noch zu bewilligenden Nachtrags- kredite für 1871.

	Laut bereits an die Räthe gelangter Bot- schaft vom 23. No- vember 1871.	Laut gegenwärtiger Botschaft.	Total.
	I.	II.	
	Fr.	Fr.	Fr.
I. Gehalte und Vergütungen			
A. 5. Provisorische Aushilfe	—	8,030	8,030
C. Postbüreau	8,000	—	8,000
E. Kondukteure	—	6,500	6,500
F. Provisionen	30,000	7,500	37,500
II. Kommissäre und Reisekosten	3,000	3,000	6,000
III. Büroakosten	—	56,000	56,000
V. Lokalmiethzinse	42,000	1,500	43,500
VII. Transportkosten	226,000	—	226,000
IX. Verschiedenes	—	71,000	71,000
	309,000	153,530	462,530
Remise in Sonceboz	—	4,050	4,050
			466,580

Wir haben hiebei schliesslich zu erwähnen, daß die hievor be-
zeichneten Ausgaben als unvermeidlich von der Postkasse bereits grössten-
theils bestritten worden sind.

Genehmigen Sie die erneuerte Versicherung unserer ausgezeichneten
Hochachtung.

Bern, den 26. Januar 1872.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Melti.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Nachträgliche Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend Nachtragskredite für die Postverwaltung für das Jahr 1871. (Vom 26. Januar 1872.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1872
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	06
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.02.1872
Date	
Data	
Seite	189-198
Page	
Pagina	
Ref. No	10 007 162

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.